

Das Ende der Arbeitsteilung? - Eine Herausforderung für die Gewerkschaften*

Dr. Horst Kern, geboren 1940 in Wien, ist Professor für Soziologie an der Universität Göttingen.

Dr. Michael Schumann, geboren 1937 in Lüben/Liegnitz, ist Professor an den Universitäten in Bremen und Göttingen und Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI).

Visionen sind wieder gefragt

Die Wachstums- und Beschäftigungskrise hat jene früher verbreitete Selbstverständlichkeit, die schlichte Verlängerung des Heute biete genug Perspektiven für morgen, nachhaltig zerstört. Wir leben in einer Zeit des Nachfragens und der Neubesinnung - einer Situation der Verunsicherung, die alle politischen Lager zur Formulierung von Leitbildern anregt, um Orientierung über den Tag hinaus zu geben. Indem man das gewachsene Bedürfnis nach Sinndeutungen gedanklich und gefühlsmäßig bindet, will man die eigene Anhängerschaft arrondieren. Welches auch immer der Leitgedanke sein mag, in dem sich die Konzepte bündeln - sei es die Erneuerung der „Vision von Ludwig Erhard“ (Biedenkopf) ¹, die „Tätigkeitsgesellschaft“ (Dahrendorf)², die „Beherrsch-

* Die Autoren ziehen in diesem Beitrag ihre politischen Schlußfolgerungen aus einer Folgestudie zu „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“: Horst Kern/Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? - Rationalisierung in der industriellen Produktion, Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, C.H. Beck Verlag, München 1984.

1 Vgl. Biedenkopf, Kurt H.: Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Die Soziale Marktwirtschaft erneuern, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1983, S. 167 - 186.

2 Vgl. Dahrendorf, Ralf: Die Chancen der Krise, 2. Aufl., Stuttgart 1983.

barkeit der Innovation“ (Glotz)³, sei es schließlich der „postindustrialistische und antiproduktivistische Sozialismus“ (Gorz)⁴-, immer ist auch die Modernisierung der industriellen Produktionsapparate wichtiger Bestandteil dieser Visionen. Fragen wir also, was auf der Basis unserer neuen Untersuchung über betriebliche Rationalisierung zur Wegbestimmung in die Zukunft beizutragen ist und welche Aufgaben gerade den Gewerkschaften dabei zufallen.

Die neuen Produktionskonzepte I: breitere Produktivkraftentfaltung

Die technisch-organisatorischen Innovationen, die zur Zeit als Konsequenz der neuen Produktionskonzepte in den industriellen Kernsektoren durchgesetzt werden, markieren einen Sprung in der Entfaltung der Produktivkräfte. Für eine Gesellschaft mit einer soliden materiellen Produktionsbasis, für die eine weitere Niveauerhöhung immer aufwendiger und kostspieliger wird („Grenzen des ökonomischen Wachstums“), ja nicht einmal unbedingt wünschenswert erscheint (soziale und ökologische Kosten weiteren Wachstums), bietet diese Produktivkraftentwicklung die Chance, die materiellen Lebensbedingungen mit einem geringeren Aufwand an Arbeit einerseits und einer reduzierten Inanspruchnahme von Energie, Rohstoffen und Umwelt andererseits zu sichern. Solche Ressourcenschonung ist für sich gesehen gesellschaftlicher Fortschritt.

Diese Sichtweise enthält eine positive Einschätzung der neuen Produktionskonzepte, denn man kann nicht beides zugleich: den Fortschritt einfahren wollen und seine Akteure zu Buhmännern stempeln. Mehr noch: Die Neoindustrialisierung - ein Etikett, das wir zur Kennzeichnung der nunmehr eingeläuteten gesellschaftlichen Entwicklungsphase verwenden - wird auf diesem Hintergrund zu einer politischen Gestaltungsaufgabe, der man sich annehmen muß. Damit sagen wir für viele gewiß nichts Brisantes: Auf das Industriesystem und seine Fortentwicklung kann sich im Spektrum Biedenkopf/Dahrendorf/Glotz jeder verständigen. Und selbst die Theoretiker des „Postindustrialismus“, denen Gorz als linke Variante zuzurechnen ist, gehen von einem hochentwickelten, funktionierenden Industriesektor aus, dessen Existenz sie freilich wie selbstverständlich unterstellen und nicht als wichtigen programmatischen Punkt aufnehmen. Allein Teile der Grünen verweigern dem Industriesektor jede Zustimmung und plädieren für Entindustrialisierung. Das mag in der Mischung aus Bescheidenheit in den persönlichen Ansprüchen und Vertrauen auf die eigenen Gestaltungskräfte als individuelle Lebenshaltung sym-

3 Vgl. Glotz, Peter: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin 1984.

4 Vgl. Gorz, Andre (1983a): Abschied vom Proletariat, Reinbek bei Hamburg 1983 und derselbe (1983b): Wege ins Paradies, Berlin 1983.

pathisch sein, als Systemkonzept nimmt es aber in Kauf, daß durch wieder wachsende materielle Knappheit Verteilungskämpfe aufbrechen, bei denen wohl niemand dafür garantieren kann, daß sie nicht gerade gegen die Schwachen ausgehen werden.

Erscheint uns das Industriesystem also als notwendige Voraussetzung weiteren gesellschaftlichen Fortschritts und eröffnet die Neoindustrialisierung unseres Erachtens beträchtliche Chancen, so ist zugleich festzuhalten: Solange die neuen Produktionskonzepte in ihrer privatistischen Verengung gefangen bleiben, stellen sie allenfalls gehemmte Modernisierung dar, die dem im Begriff angelegten Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Rationalität nicht gerecht wird.

Die neuen Produktionskonzepte II: wachsende gesellschaftliche Ungleichheit

Die in unserer Studie zutage gebrachten Sachverhalte müssen auch so interpretiert werden, daß die Neoindustrialisierung die gesellschaftlichen Widersprüche verschärft, wenn die Umwandlung der Produktionsstrukturen allein den Linien einzelwirtschaftlich gefaßter Produktionskonzepte folgt. Wie anders sollte man die von uns festgestellte Praxis der Unternehmen kennzeichnen, die negativen Begleiterscheinungen der neuen Produktionskonzepte nach Möglichkeit nach außen zu verlagern und, soweit sich dies nicht anbietet, intern auf abgesonderte Betriebsbereiche zu konzentrieren, wenn nicht als ein Moment verschärfter Segmentbildung? Und was drückt sich in dem Auseinanderfallen in „Rationalisierungsgewinner“, „Rationalisierungsdulder“, abgekoppelte Jedermannsarbeiter, Krisenopfer und Dauerarbeitslose anderes aus als eine Neufassung von Ungleichheit, die einem historisch-gesellschaftlich orientierten Verständnis von Modernisierung widerspricht?

Weil die konservative Programmatik diesen Effekt in Kauf nimmt oder ihn gar will, kann sie nicht die Vision gesellschaftlichen Fortschritts bieten. Wer die „Erneuerung der Marktwirtschaft“ durch Abbau (nicht Verbesserung) öffentlicher Regulative und durch Autonomisierung (nicht soziale Steuerung) unternehmerischen Handelns anstrebt, begünstigt in bezug auf den technisch-organisatorischen Wandel die ungebremste Entfaltung der einzelwirtschaftlichen Kalküle und die Umverteilung der Reproduktionsmöglichkeiten und Lebenschancen nach den Prinzipien der Segmentierung und Polarisierung. Dies muß nicht unbedingt in der Form der bewußten Zurückweisung des gesellschaftlichen Konsensus erfolgen, wie dies bei Reagan/Thatcher/Chirac der Fall ist, für die die dualistische Lösung, also die Zweiteilung der Gesellschaft in die Sonnen- und Schattenseite, Programm darstellt. Auch die hierzu-

lande wohl verbreitetere Position, die sich von einem freieren Spiel der Marktkräfte die Lösung der anstehenden gesellschaftlichen Probleme verspricht - und die gerade mit einer ungehemmten Entfaltung der neuen Technologien ausschließlich Fortschritt verbindet (also nur von wirtschaftlichem Wachstum, zukunftssicheren Arbeitsplätzen, vielfältigerer, autonomer Arbeit, Versöhnung von Familie und Beruf, Ausgleich regionaler Strukturschwächen spricht, wie die Stuttgarter Leitsätze der CDU für die achtziger Jahre von 1984 - und nicht auch von Gegenläufigkeit), leistet gewollt oder ungewollt einer gesellschaftlichen Zweiteilung Vorschub.

Eine dem Begriff gerecht werdende Modernisierungspraxis verlangt die soziale Steuerung der Innovation. In welche Richtung und mit welchen Kräften?

Wenn wir von dem Ertrag ausgehen, den unsere Untersuchung für solche Fragen abwirft, so können wir in bezug auf Freisetzungen und Arbeitslosigkeit nur die Problemverschärfung unterstreichen. Nach unseren Befunden gibt es keinerlei Rechtfertigung, auf die Karte der Kompensation zu setzen. Hier bleibt nur die Möglichkeit einer Sozialisierung der Anpassungslasten einerseits - in den industriellen Kernsektoren bedeutet dies Entlassungsschutz und Besitzstandsicherung für das vorhandene Personal auf Kosten der Rationalisierungsgewinne, in den industriellen Krisensektoren heißt dies den sozial abgedeckten, öffentlich gestützten Ausstieg aus den alten Industrien durch Arbeitsplatzangebote, ökonomische Statussicherung und Qualifizierungshilfen - und die Umverteilung des verbleibenden Arbeitsvolumens durch effektive Arbeitszeitverkürzungen andererseits.

Bestätigen wir hiermit nur sozialpolitisches Allgemeingut, so glauben wir auf dem Hintergrund unserer Untersuchungsergebnisse unter einem anderen Gesichtspunkt Neues sagen zu können: im Hinblick auf die Gestaltung von Produktion und Arbeit - einer Sphäre, die in allen für uns relevanten Entwürfen entweder falsch eingeschätzt und gewichtet wird (Glötz/Gorz) oder zu kurz kommt (Dahrendorf).

Die neuen Produktionskonzepte III: Umbruch in der Nutzung von Arbeitskraft

Ein zentrales Ergebnis unserer Studie ist die Wiedereinführung und Verankerung von Produktionsintelligenz als Voraussetzung und Folge der neuen Produktionskonzepte. Man trifft heute in wichtigen Bereichen der Industrie auf eine markt- und produktökonomische Konstellation, die keine Rationalisierung nach tayloristischem Muster mehr trägt. Kapitalverwertung selbst

erfordert den Umbruch in der Nutzung von Arbeitskraft. Je mehr die Produktionskonzeptionen auf die Erzeugung hochkomplexer Qualitätsartikel hinauslaufen und die Produktionskonzepte auf den breitflächigen Einsatz der neuen Technologien abzielen, um so mehr bietet sich als optimales Arbeitseinsatzkonzept der ganzheitlichere Aufgabenzuschnitt und die breitere Verwendung von Qualifikationen an. In der Frage, wo im Betrieb die produktionsnotwendige Intelligenz verankert werden soll: allein in werkstattexternen Planungs- und Dispositionsagenturen, denen eine rein ausführende Fertigung ohne jede Kompetenz und Qualifikation gegenübersteht (das wäre die Fortschreibung alter Linien) oder aber auch in der Produktion selbst, deren Know-how und Erfahrung nicht als ärgerliches Residuum, sondern als unverzichtbarer Bestandteil der Produktivkraftentwicklung anerkannt wäre (das sind die neuen Produktionskonzepte), gewinnt die zweite Position allmählich die Oberhand. Deshalb sprechen wir in bezug auf die industriellen Kernsektoren vom möglichen Ende der Arbeitsteilung und der (Re-)Professionalisierung der Produktionsarbeit. Höhere Produktivität ist unter den gegenwärtigen Umständen ohne pfleglicheren, „aufgeklärteren“ Umgang mit der lebendigen Arbeit nicht zu bekommen - das ist eine Erfahrung, die auch das Kapital machen muß. Nicht nur als Mittel ressourcenschonender materieller Reproduktion, sondern auch als Medium verbesserter industrieller Arbeit stellen die neuen Produktionskonzepte insofern wenigstens keimhaft gesellschaftlichen Fortschritt dar.

Die Arbeitsveränderungen, die wir hier im Auge haben, sind keine Kleinigkeiten. Vernachlässigt werden dürfen sie nicht einmal in ihrer schon heute konkret faßbaren Kompromißform, und erst recht wichtig sind sie in ihrer Potentialität. Immerhin wird jetzt darüber befunden, ob in bestimmten Industrien - dem Werkzeugmaschinenbau - Berufsarbeit vor Ort erhalten bleiben wird; ob in bestimmten Sektoren - Automobilindustrie - von einer Reprofessionalisierung der Produktionsarbeit ausgegangen werden kann; ob schließlich in anderen Branchen - chemische Industrie - ein Produktionsfacharbeiter neu zu verankern ist. Die Großwetterlage für breitflächiges Umdenken ist günstig. In diesem prozessualen Sinne und nicht unter numerischen Gesichtspunkten erscheint es uns berechtigt, schon heute von wichtigen Arbeitsveränderungen zu sprechen. Daß die Entwicklung in Richtung auf Verberuflichung der Produktionsarbeit geht, scheint uns klar. Freilich: Konkrete Formen und Ausmaß müssen sich noch herausstellen.

Forderungen einer gewerkschaftlichen Politik der Modernisierung

Nicht von der Hand zu weisen ist die Gefahr, daß die positiven Ansätze in den neuen Produktionskonzepten nicht voll zum Tragen kommen. Solange Modernisierung allein unter der für die Unternehmen einzig zählenden Per-

spektive der Arbeitskraftnutzung betrieben wird, ist in ihr immer ein Zug zur Beschränkung und Gegenläufigkeit angelegt: durch Bündelung der Qualifikationseffekte (möglichst wenig Arbeitskräfte werden beteiligt); durch enge betriebsspezifische Qualifizierung (der Anteil übertragbarer Qualifikationen wird möglichst klein gehalten); durch extreme Funktionsausweitungen (höhere Qualifikationen müssen als Anlaß zur Arbeitsintensivierung herhalten). Es sind nicht zuletzt diese Begrenzungen, deretwegen wir die einzelwirtschaftliche Modernisierung als gehemmt bezeichnen. Und es sind eben diese Borniertheiten, von denen die neuen Produktionskonzepte mit politischen Mitteln befreit werden müssen, um wirklich Modernisierung zu sein. Die Stoßrichtung müßte heißen:

- expansives Ausschöpfen der im Zusammenhang mit den neuen Technologien erweiterten Gesamtmasse qualifizierter Funktionen für komplexe Arbeitsplatzdefinitionen für möglichst viele Arbeitskräfte;
- Nutzung der neuen Technologien zur Beseitigung von Primitivfunktionen, soweit dies ohne Arbeitsplatzvernichtung möglich ist;
- Ausrichtung der Bildungsprozesse an einem umfassenden Qualifikationsbegriff (keine Beschränkung auf prozeßspezifische Fähigkeiten, Orientierung an souveräner Berufsarbeit; vielfältige, berufliche wie private Anwendbarkeit der Kenntnisse und Fähigkeiten);
- keine einseitige Festlegung der Leistungsanforderungen; Verpflichtung auf den Leistungskompromiß.

Heute bietet die in den industriellen Kernsektoren entstandene Dynamik mehr Chancen denn je, entlang solcher Bahnen die Heteronomie aus der industriellen Arbeit in einem Ausmaß herauszutreiben, das nicht vernachlässigt werden kann.

Mitspieler und Träger einer Politik der Modernisierung

Unsere Ergebnisse zeigen, daß man in den Belegschaften für solche Politik Unterstützung finden würde. Belegschaftsteile, die sich Gewinnchancen ausrechnen können, verstehen sich als Mitspieler: in der Automobilindustrie vorzugsweise der junge deutsche Massenarbeiter mit Berufshintergrund und die Instandhaltungsspezialisten, denen „Karrieren“ in Aussicht stünden; im Werkzeugmaschinenbau die jungen lernfähigen Maschinenfacharbeiter, deren Expertenstatus gestützt werden würde; in der chemischen Industrie die Chemiefacharbeiter und die Meß- und Regelmechaniker. Die anderen Arbeitergruppen in den industriellen Kernsektoren dürften jedenfalls nicht dagegenstehen, solange man ihnen nicht einseitig die Anpassungslasten aufbürdet.

Viele Betriebsräte können sich einer Politik der Modernisierung annehmen, weil sich damit längerfristig beachtliche Strukturverbesserungen erzielen lassen. Ihr Problem liegt darin, die verschiedenen Betroffenheiten der von ihnen vertretenen Teilkollektive im Übergangsprozeß gegeneinander auszugleichen - eine Aufgabe, für deren Bewältigung auf Betriebsebene die Lage in den industriellen Kernsektoren ganz günstig erscheint (soweit die arbeitsprozeßlichen Voraussetzungen nicht hart dagegenstehen).

In den Belegschaften der industriellen Kernsektoren ließe sich also eine Politik der Modernisierung, die die Verengung der neuen Produktionskonzepte zu überwinden trachtet, verankern. Der Bezugspunkt wäre freilich immer das betrieblich gebundene Belegschaftsinteresse. Für die Sozialisierung der Anpassungslasten im gesamtgesellschaftlichen Maßstab und die Beteiligung aller am gesellschaftlichen Arbeitsvolumen, beides Eckpfeiler eines humanen Konzepts, werden diese Belegschaften nicht über ihre aktuellen, unmittelbaren Interessen motiviert. Allein als Solidarleistung für andere (und als Rückversicherung für den unwägbaren Fall späterer eigener Betroffenheit) wird man sie auch in diesen Fragen zum Mitmachen gewinnen. Dies kann um so eher gelingen, je mehr die Gewerkschaften in praktischer Politik und politischer Aufklärung ihrer historischen Funktion der Verallgemeinerung sozialen Fortschritts gerecht werden, die angesichts der Gefahr wachsender gesellschaftlicher Ungleichheiten wieder besonders aktuell ist.

Die Politisierung der neuen Produktionskonzepte ist bestimmt kein konfliktfreier Vorgang. Doch man darf sich die Auseinandersetzungen nicht schlicht auf den alten Pfaden des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital vorstellen. In einer Periode grundlegenden Wandels, in der veränderte Verwertungsbedingungen und Interpretationen die Suche nach geeigneten Produktionskonzepten herausfordern, werden im Management Linienauseinandersetzungen geführt. Solche Übergangszeiten sind dadurch gekennzeichnet, daß den allgemeinen Kapitalinteressen kein blockartiges, stromlinienförmiges Kapitalverhalten entspricht, sondern die natürlich weiterhin verbindliche Verwertungserwartung nach neuen Einlösungen sucht. Unterschiedliche positionelle, funktionelle und professionelle Interessenlagen bekommen in diesem Prozeß der Suche, Erprobung und Durchsetzung gleichermaßen Bedeutung wie generationsspezifische Erfahrungsunterschiede und unterschiedliche „Philosophien“.

Für die Belegschaften heißt dies, daß man im Management auch weiche Stellen und Verbündete ausmachen kann, über die Gestaltungsüberlegungen aus eigener Interessensicht in die betrieblichen Definitionsvorgänge wirkungsvoll eingebracht werden können. Um es an unserem Untersuchungsfeld zu

konkretisieren: Die Unterscheidung zwischen den „Traditionalisten“ im Sinn der Bewahrer fordristischer Strukturen und den „Modernisten“ in der Automobilindustrie, zwischen den Verfechtern eines „technokratisch-bornierten“ und eines „empirisch-unideologischen“ Produktionskonzepts im Werkzeugmaschinenbau, zwischen den „Promotern“ und „Skeptikern“ einer weitergehenden Funktionsintegration in der chemischen Industrie macht Frontstellungen in einer noch halbwegs offenen Situation deutlich, die unter Gesichtspunkten des Arbeitnehmerinteresses zu nutzen von Belang ist. Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften kommen im Hinblick auf *ihre* Handlungsbedingungen generell mit den Neuerern im Management am ehesten zu Absprachen. Deren Ansatz lebt ja auch von der Idee der Einvernehmlichkeit mit der Belegschaftsseite. Zudem können sich gerade die Neuerer durchsetzungsstrategisch keine harte Front mit der Belegschaft erlauben, weil dies ihr ganzes Konzept unglaubwürdig machen würde.

Die Arbeitssphäre muß ein wichtiges Politikfeld bleiben

Wir betonen die veränderte Lage in den Betrieben nicht nur, weil sie bisher viel zu wenig ins Blickfeld getreten ist. Wenn wir hier so sehr auf den Möglichkeiten bestehen, die für eine Reform der Arbeitssphäre gerade in unserer Zeit bestehen, so auch aufgrund unseres Mißtrauens gegenüber einem modischen Trend, die Fortschrittshoffnungen auf den Bereich jenseits von Arbeit zu fixieren. Problematisch erscheint uns diese Verengung, um nicht zu sagen Vereinseitigung aus einer ganzen Reihe von Gründen.

So sicher es angesichts der Produktivkraftentwicklung ist, daß man sich zumindest mittel- und langfristig auf eine erhebliche Verminderung der Arbeitszeit einrichten kann: Selbst für die heute gerade antretende Generation wird Erwerbstätigkeit mit Sicherheit mehr sein als eine Randsituation oder ein Übergangsphänomen. Arbeit hat zwar als Medium und Zentrum der Lebensinterpretation Konkurrenz bekommen, doch bleibt sie für den Vollarbeiter - und diesen muß man bei solchen Überlegungen als den nach wie vor vorherrschenden Fall unterstellen - eine so wichtige Handlungssphäre, daß Identitätsbildung nicht losgelöst von Arbeit erfolgen kann und die Perspektive der Lebensautonomie ohne mehr Autonomie in der Arbeit eine Täuschung bleibt. Die Zergliederung des Lebenszusammenhangs in anspruchsloses Tun in der Arbeit und anspruchsvolles Handeln danach stellt die Subjekte vor so schwierige Koordinations- und Verarbeitungsprobleme, daß eine stabile Auflösung nach oben hin selten gelingt. Sicher: Man kann sehr wohl Jäger, Fischer, Hirt und kritischer Kritiker in einem sein - das ist die positive Einheit des Vielfältigen ; eintönige Jedermannsarbeit, und sei sie Last nur noch für fünf Stunden am Tag, verlängert sich aber weder bruchlos noch anregend in kreative Tätigkeit.

Die von der Arbeit herausgeforderte Gleichgültigkeit lähmt, ist schwer wieder abzuschütteln.

Die Forderung, vorhandene Ansatzpunkte für die Qualifizierung und Anreicherung von Industriearbeit tatsächlich wahrzunehmen, begründet sich auch unter einem anderen Blickwinkel. Wer Politik betreiben will, für den ist die Kompetenzverteilung innerhalb des Industriesektors auch eine Machtfrage. Unbeschadet aller quantitativen Verschiebungen (selbst wenn wir Fourasties Prognose als überzeichnet erkannt haben, ist die Verlagerung der Beschäftigung in den tertiären Sektor nicht wegzudiskutieren) bleibt das Industriesystem als *die* entscheidende Stütze materieller Reproduktion ein Machtzentrum der Gesellschaft. Immer noch gilt deshalb: Hat man *im* industriellen Sektor das Sagen, so hält man eine gesamtgesellschaftliche Schlüsselposition inne. Die Bedeutung der Absicherung und Verbreiterung von Produktionsintelligenz innerhalb des Industriesektors liegt, wir sagten es schon, aktuell nicht in einer erheblichen Verschiebung der eingespielten Herrschaftsverteilung im Innern zugunsten der Arbeiter. Aber es schwächt natürlich auch nicht gerade deren Position, wenn sich ihre berufliche Kompetenz erweitert. Gelänge es gar, Produktionsintelligenz zu verallgemeinern, so könnten die Arbeiter am Ende doch noch mit Machtzugewinn aus der Entwicklung herauskommen: für die Kräfteverteilung in der Gesellschaft, damit langfristig auch für den Erfolg einer auf Reform setzenden Innovationspolitik, keine Kleinigkeit. Die trotz aller Demokratisierungsprozesse fortbestehende Machtasymmetrie in der Gesellschaft wäre vom richtigen Punkt aus angegangen.

Beide Gesichtspunkte - die Gebundenheit der Persönlichkeitsentfaltung an den gesamten Lebenszusammenhang und die Machtbedeutung betrieblicher Kompetenzstrukturen - erhellen den Stellenwert, der der Arbeitspolitik bei der sozialen Steuerung des Innovationsprozesses zukommt. Dabei kann man die Möglichkeiten gesellschaftlichen Fortschritts, die in der Neointustrialisierung stecken und denen durch eine Politik der Modernisierung zum Durchbruch verholfen werden muß, nur ausschöpfen, wenn man sich auf mehreren Aktionsfeldern bewegt. Es bedarf einer Politik der Sozialisierung der Anpassungslasten, durch die im Übergang unvermeidliche Härten auf viele Schultern verteilt und Not verhindert werden; es bedarf der Politik der Arbeitszeitverkürzung, durch die allen Erwerbstätigen der Zugang zur Arbeitssphäre gesichert und das Recht auf Arbeit für jeden festgeschrieben wird; und es bedarf schließlich einer Politik der offensiven Arbeitsgestaltung und Qualifizierung, die die Produktionsintelligenz verallgemeinert und Industriearbeit als souveränes Arbeitshandeln ausformt. Zwischen diesen drei Politiken kann es u.E. keine Rangfolge geben. Keine besitzt Vorrang. Nur wenn man sie als Zusammenhang sieht und keine auf Kosten der anderen betreibt, wird eine Konzeption daraus.

Um unsere Position zugespitzt zu formulieren: Erstmals in der Geschichte des Industriesystems wird es mit der Neoindustrialisierung möglich, statt die Heteronomie der Industriearbeit zu erhöhen, sie breitflächig zurückzudrängen und die Voraussetzungen für kompetentes, selbstbewußtes Verhalten im Arbeitsprozeß entscheidend zu verbessern. Es wäre Unfug, die Gelegenheit nicht beim Schöpfe zu packen. Sicher: Die Systemhaftigkeit von Industrieproduktion und die damit verbundene Festlegung der Grunddaten von Arbeit sind im *Prinzip* unveränderbar. Doch kann heute immerhin der Durchbruch zur Professionalität von Industriearbeit gelingen - eine Zäsur, durch die nicht nur die Ansatzpunkte für Persönlichkeitsentwicklung im Arbeitsprozeß verbessert, sondern mit der (indem eben dieses gelingt) auch die Voraussetzungen für autonomes Tun außerhalb der Arbeit erhöht werden. Diese innerindustriellen Entwicklungen lassen die Arbeitszeitverkürzungen, die in der Phase der Neoindustrialisierung durch welche gesellschaftlichen Konflikte hindurch auch immer kommen werden, in einem neuen Licht erscheinen. Der außerhalb der Arbeit gewonnene Spielraum kann nur zu einem Feld selbstbestimmter Eigen-tätigkeit werden, wenn es von Menschen besetzt ist, die im Arbeitsprozeß nicht erschöpft und zerstört worden sind. Und auch umgekehrt gilt: Nur solche Arbeiter, die ihre Identität auch aus einem eigenen Lebenszusammenhang gewinnen, können die Regulationsmöglichkeiten im Arbeitsprozeß offensiv wahrnehmen. Es ist also gerade die integrierte Politik, die, indem sie das Reich der Notwendigkeit zurückdrängt, aus dem Reich der Freizeit eines der Freiheit machen könnte. Mitgedacht werden muß dabei immer, daß die Sozialisierung der Anpassungslasten gelingt.

Damit haben wir schon unsere Einwände gegen Dahrendorfs Vision der „Tätigkeitsgesellschaft“ und gegen das Konzept der „Beherrschbarkeit der Innovation“ in der Glotzschen Fassung genannt. So sehr wir auch Dahrendorfs Zugriff teilen, daß man die Lebensbereiche der Arbeit und der Nicht-Arbeit nicht auseinanderdividieren kann, so dürftig erscheint die politisch-praktische Einlösung des Gedankens. Nicht allein ruft die Ausklammerung der Arbeitszeitpolitik mit dem flapsigen Hinweis, durch die bereits erreichte Verkürzung der Lebensarbeitszeit sei die zeitliche „Grundbedingung für das Reich der Freiheit“ mehr oder weniger erreicht (S. 92), Ideologieverdacht hervor. Auch sollte einem zum gewiß notwendigen „Hineintreiben der Tätigkeit in die Welt der Arbeit“ mehr einfallen als „Volvo“ und die „flexible Arbeitszeit“ (S. 86, 96). - Wenn Glotz die sich selbst überlassene Modernisierung als „blind“ bezeichnet und sie in einer „Politik der sozial gesteuerten Innovation“ aufnehmen will, so können wir ganz zustimmen. In der Tat: Man kann und soll „das, was kommt - die mikroelektronische Revolution -, zur ‚Humanisierung der Gesellschaft‘ benutzen“ (S. 137). Glotz unterschätzt aber die Möglichkeiten, die in der Durchgestaltung der Arbeitssphäre selbst liegen. Da seine Vorstel-

lungen von der Humanisierung der Arbeit ganz und gar konventionell bleiben und nicht mehr wiederholen als das entsprechende Forschungs-Programm der siebziger Jahre, muß er seine ganze Hoffnung auf die Politik der Arbeitszeitverkürzung richten: Eine, wir zeigten es, fragwürdige Prioritätensetzung.

Das nachindustrielle Proletariat: zur falschen Zeit die falsche Hoffnung

Glötz orientiert sich dabei an Gorz, der auch für uns ohne Zweifel ein brillanter Analytiker der Widersprüche des entwickelten Industriesystems und der irrationalen Momente kapitalistischer Warenproduktion ist. Doch da er seine Utopie der befreiten Gesellschaft mit der Formulierung umreißt: „es kann nur eine dualistische Lösung geben ...; die Erweiterung der autonomen Sphäre hat ... eine heteronome industrialisierte Produktion zur Voraussetzung ...“ (1983a, S. 87, 92), hört es schnell auf mit dem freudigen Konsens.

Wir sehen in diesem Dualismus den Schlußpunkt eines Verständnisses gesellschaftlicher Transformation, das von falschen Annahmen über die entwickelten Industriegesellschaften ausgeht. Gorz hat „Abschied vom Proletariat“ genommen, weil er im Kern der modernen Industriearbeiterschaft nicht mehr die Potenz glaubt erkennen zu können, die gesellschaftliche Macht zu übernehmen. Gorz entdeckt die „Nicht-Klasse der nachindustriellen Proletariat“ - „eine Masse von Arbeitslosen und unqualifizierten Arbeitern ohne Status, die unregelmäßig und ungeschützt zur Verrichtung wechselnder, aber immer uninteressanter Aufgaben herangezogen werden“ (1983a, S. 58). In der Sprache unserer Untersuchung also die abgekoppelten Jedermannsarbeiter, Krisenopfer und Dauerarbeitslosen, deren Leiden in der Tat ein Interesse an gesellschaftlicher Transformation begründen könnten.

Mit diesem Hinweis auf polarisierende Momente innerhalb der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft trifft Gorz einen wunden Punkt aller Politikansätze, die auf Transformation der Industriegesellschaft beharren. Doch die Problemlösung, die er anbietet, kann uns nicht zufriedenstellen. Warum sollte es nun gerade den marginalisierten Randgruppen oder Nicht-Produzenten gelingen, gegen oder doch zumindest ohne die Betreiber der Industrieproduktion, jenes auch nach Gorz unverzichtbaren Fundaments materieller Reproduktion, die Gesellschaft zu befreien?

Gorz mogelt sich an solchen naheliegenden Zweifeln vorbei, indem er zweierlei behauptet: a) Die marginalisierten Gruppen, jene postindustriellen Schichten, auf die er so sehr setzt, stellen heute schon die Mehrheit und werden im Verhältnis zu den Repräsentanten des Industriesystems („nur noch eine pri-

vilegierte Minderheit“) weiter anwachsen. Die volle Entfaltung der Automation führe zu einer rasanten Beschleunigung dieser Gewichtsverschiebung. Also: Aus numerischen Gründen geht kein Weg an diesen Gruppen vorbei, b) Die Arbeiter in der industriellen Produktion verlieren in einem Prozeß der Vereinheitlichung nach unten ihre qualitative Besonderheit. Als globale Tendenz unterstellt Gorz einen durch die Automation beschleunigten Übergang auf „eng spezialisierte soziale Qualifikationen“ - „die Anonymisierung, Banalisierung, mehr noch: die Trivialisierung der gesellschaftlich bestimmten Arbeit“ (1983a, S. 89, 91). Also: Aus Gründen inhaltlicher Austrocknung und Dürre wird man Arbeitspositionen bald nur noch als notwendiges Übel verstehen und nicht mehr als Faustpfand einsetzen können. In der Konsequenz führt dies dann zu einer Gesellschaft, in der Selbstbestätigung und Sinnerfüllung nur noch im abgespaltenen großen Reich der Freiheit gesucht und gefunden werden.

Diese Ausgangspunkte und Schlußfolgerungen leben von Übertreibungen, ja Fehlern (unterstellt, daß die Verhältnisse in Westdeutschland denen in Frankreich in etwa entsprechen). Was die Zahlen betrifft, kann man rechnen wie man will: Gorz' Relationen kommen nie dabei heraus. Wählt man das globale statistische Niveau, so war während der gesamten Beschäftigungskrise ein Drittel der Erwerbstätigen mindestens einmal ohne Arbeit; das könnten, für Gorz sehr gut gerechnet, vielleicht die schon Marginalisierten sein. Nimmt man die Branchen, über die wir es genauer sagen können, so machen die einfachen Arbeiter gegenwärtig zwischen 10 und 30 Prozent der Beschäftigten aus, das könnten Gorz' „unqualifizierte Arbeiter ohne Status“ sein. Solide politische Arithmetik liefert keinen Beleg für die These von der neuen Mehrheit. Hier hilft offenbar nur der große Zug aus der Pulle Zukunft. - Was die qualitative Seite industrieller Arbeit betrifft, werden die Sachverhalte, die uns hauptsächlich beschäftigt haben, mit einer recht großzügigen Geste weggewischt. Gorz erwähnt zwar gelegentlich Tatbestände, die seiner These von der Trivialisierung der Arbeit entgegenstehen, doch werden diese mit dem alten Trick erledigt, Industriearbeit an der idealisierten Welt der alten Berufe und der Handwerkerkunst zu messen und in diesem Bezugsrahmen als unwiderbringbar entfremdet zu brandmarken.

Ganz geheuer scheint dies dann aber Gorz selbst nicht zu sein. Soweit sie sich nicht im Zusammenhang kapitalorganisierter Produktivkraftentwicklung von selbst einstellt (und das ist eben nach unseren Ergebnissen gerade heute nicht der Fall), wird die Banalisierung von Arbeit für Gorz geradezu zum politischen Programm. Jene von uns mit den Begriffen der Produktionsintelligenz und Professionalisierung gekennzeichneten Probleme, die wir auch als positive Ansätze für Politik verstehen, verkehren sich in der Gorzschen Optik in Nega-

tiva: Nährboden einer illusionären Politik, der gegengehalten werden muß. Aber drückt man nach seiner Parole einer gezielten Banalisierung der Berufe, die nicht frei ist von Macchiavellismus, das Ruder nicht gerade zur falschen Zeit in die falsche Richtung?